

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkovo nám. 32. Telefon 6795, nacht 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II., Havliczkovo nám. 32. Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Ersteinst mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 15. März 1923.

Nr. 61.

## Der Fall Bergler.

Die Geschichte eines tschechoslowakischen Gesandten.

I.

Kürzlich erzählte Herr Udrzal, der Minister für nationale Verteidigung, in einer Versammlung: „Nach dem Umsturz genügte es, daß sich ein beliebiger Mensch einen Sessel nahm, ihn in ein Amt oder ein Ministerium hinstellte, sich einen Rang selbst verlieh, um Beamter des Staates zu werden.“ Diese offenerherzige Feststellung der Art, wie in den Tagen des nationalen Siegesbrausches die Entösterreicherung der Bürokratie betrieben wurde, findet ihr Gegenstück in der Antwort des Außenministers Dr. Beneš auf eine offenbar bestellte Interpellation wegen des ehemaligen tschechoslowakischen Gesandten in Tokio, Karl Bergler. Die Interpellationsbeantwortung hat in tschechischen Patriotenkreisen unliebsames Aufsehen erregt. Die „Narodni Listy“ verbergen nur schwer ihr Mißbehagen über die Rückhaltlosigkeit, mit der Dr. Beneš den Interpellanten antwortete, und das „Pravo Lidu“ fügt der kurzen Mitteilung über die Antwort die Bemerkung hinzu, der Inhalt und die umfassende Form dieser Antwort auf eine parlamentarische Interpellation wecke eine größere Aufmerksamkeit, als die ganze Sache verdiene und als im Interesse des Staates liege. Im Hause des Gehängten soll man nicht vom Strick reden. Daß die Patrioten von den aufsehenerregenden Enthüllungen über Berglers Wirtschaft in der Tokioer Gesandtschaft peinlich berührt sind, kann natürlich keinen Grund bilden, ihr die Aufmerksamkeit zu entziehen. Es geht nicht um den einen Bergler, sein Fall ist vielmehr ein symptomatischer. Und es geht nicht nur um ein Symptom, sondern in gewissem Sinne auch um ein System.

Ein System vor allem deshalb, weil die Öffentlichkeit nur durch Zufall von dieser Skandalgeschichte Kenntnis erhält. Nur dem Umstande, daß der entlassene Gesandte Bergler eine Heftkampagne gegen unser Außenministerium einleitete und Dr. Beneš zur Notwehr sich gezwungen sah, ist es zu danken, daß von diesen Vorkommnissen der verhüllende Schleier weggezogen wurde. Sonst wäre, ganz im Sinne des famosen „Pravo Lidu“, die auch in diesem Falle jahrelang betriebene Vertuschungspraxis weiter betrieben worden. Als Vorwand hätte das „Staatsinteresse“ gedient. Eine Auffassung, die sich nur der zu eigen machen kann, der die Vereitelung eines freundschaftlichen Geschäftes durch Auflegung von Schönheitspfälzchen glaubt heilen zu können.

Die acht Seiten umfassende Antwort des Herrn Außenministers — aus der wir einen Auszug bereits wiedergegeben haben — liest sich wie ein spannender Abenteuerroman. Karl Bergler war früher einmal Handelsangestellter in Prag, der später — was dort nicht gerade schwer ist — in Amerika „advokat“ wurde. Das wechselvolle Leben, das Bergler im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten führte, ließ ihn während des Krieges auch an der Organisierung der tschechischen Auslandsrevolution Anteil nehmen. Obwohl dies für ihn nicht gerade gefährlich war, rückte er nach dem Umsturz in die Reihen der nationalen Selben ein und hiebei gesellte er sich zu jenen Alzudwifeln, die für ihre wirklichen und vermeintlichen Verdienste dadurch belohnt sein wollten, daß sie den neuen Staat dauernd zu ihrer Melkkuh zu machen suchten. Obwohl er außer diesen „Verdiensten um die tschechische Sache“ nichts aufzuweisen hatte, und obwohl besonders ihm auf diplomatischem Gebiete alle Kenntnisse abgingen, wurde er doch nach dem Umsturz der tschechoslowakischen Legation in Washington zugeteilt und am 9. September 1919 zum Gesandten — der vierten Rangsklasse! — in Tokio ernannt, wo er am 12. Februar 1920 nach seinem Vorgänger das bis dahin in voller Ordnung befindliche Amt antrat. Der erste Nachweis, den Bergler erbrachte, war der seiner von

## Nach der Brüsseler Konferenz.

Berlin, 14. März. (Eigenbericht.) Die Kommentare der Pariser Presse zu dem Ausgang der Brüsseler Konferenz lassen erkennen, daß anscheinend auf Betreiben Belgiens neuerdings mehr der wirtschaftliche Charakter der Ruhrkraktion in den Vordergrund gerückt werden soll. Es soll besonders betont werden, daß das Ruhrgebiet nur vorübergehend besetzt bleiben soll und daß seine Befugung nicht die Sicherheit Frankreichs garantieren, sondern nur die Bezahlung der deutschen Reparationsleistungen erzwingen soll. Wenn auch die Bedingungen nicht bekanntgegeben wurden, unter denen man es wieder räumen will, so ist doch deutlich zu sehen, wie alles vertrieben werden soll, woraus man auf Anneziionsabsichten schließen könnte.

Ende dieser oder Anfang nächster Woche wird der deutsche Außenminister von Rosenberg bei der Beratung des Etats seines Amtes im Reichstag über die politische Lage sprechen. Wie offiziös verlanget, will er auf die verschiedenen Angriffe und Vorwürfe antworten, die von französischer Seite gegen die deutsche Reichsregierung erhoben worden sind.

Die sozialdemokratische Partei wird jedenfalls darauf dringen, daß die Reichsregierung diese Gelegenheit nicht vorübergehen lasse, ohne einen neuen Versuch zu einer Verständigung mit Frankreich zu unternehmen.

## „Ein böser Fleck in der Geschichte Frankreichs“.

Das Bekenntnis eines alliierten Zeitungsmannes.

Berlin, 14. März. (Eigenbericht.) Der Korrespondent der Manchester Guardian macht in einem Bericht aus dem Ruhrrevier den Vorschlag, eine unparteiische Untersuchungskommission zu bilden, welche die gegen die französischen Truppen gerichteten Beschuldigungen prüfen solle. Er sagt: Ich selbst habe eine Menge schriftlich niedergelegter Zeugenaussagen und eidlicher Versicherungen nachgeprüft und habe mit vielen Opfern und Augenzeugen von behaupteten Diebstählen und Brutaltäten in Recklinghausen, Gelsenkirchen und Bochum gesprochen und ich kann mich der Schlussfolgerung nicht entziehen, daß die Ergebnisse einer

unparteiischen Untersuchungskommission einen bösen Fleck in der Geschichte der französischen Armee hinterlassen werden, einen Fleck, den Frankreich nur entfernen kann, wenn es bereit ist, die Schuldigen zu bestrafen und die Opfer zu entschädigen. Der Korrespondent behauptet dann zwar, daß die deutsche Presse größtenteils unwahre Angaben mache, aber er muß doch feststellen, daß die Franzosen in der Bevölkerung des Ruhrgebietes, die früher am meisten antimilitaristisch und antipreußisch war, jetzt einen erbitterten Haß gegen sich entzündet hätten.

## Der amerikanische Handel geschädigt.

London, 14. März. Reuter meldet aus Washington: Staatssekretär Hughes hat mit Bezug auf 20 Fälle, in denen die Verschiffung von Material aus dem Ruhrgebiete nach den Vereinigten Staaten verzögert worden sein soll, weil die französischen Befahungsbehörden eine besondere Ausfuhrabgabe erhoben haben, Bericht ein-

gefordert. Man wird feststellen, ob amerikanische Unternehmungen eine unterschiedliche Behandlung erfahren und ob von ihnen verlangt wird, daß sie, um die Freigabe von Waren zu erlangen, eine doppelte Abgabe zu bezahlen haben. Es wird beabsichtigt, jedenfalls entsprechend den besonderen Umständen zu handeln und von allgemeinen Verhandlungen mit Paris abzusehen.

ständigen Unfähigkeit zur Führung der Geschäfte. Aber wenn es nur die Unfähigkeit gewesen wäre! Wie es in dieser Gesandtschaft zuzuging, das war nicht bloß eine, sondern eine ganze Reihe von Aöpenikiaden. Würdig dieses Gesandten war das ihm zugeteilte Personal, natürlich gleichfalls aus lauter echten Patrioten bestehend, oder doch wenigstens solchen, die sich dafür ausgaben und in dieser Verkleidung an dem Weltgeschäft ihres Vorgesetzten teilnahmen.

Unter den Beamten der Gesandtschaft entwickelte sich bald nach der Ankunft Berglers in Tokio ein System von Intrigen. Einer wußte um die Manipulationen des anderen, doch da keine Krähle der anderen ein Auge aushakt, verriet keiner etwas von den Vorgängen, sammelte gegen die anderen bloß „Material“. Die Beamtenschaft schied sich in zwei einander feindliche Lager, in deren eines auch der Herr Gesandte eintrat, wobei ihm sein Personalsekretär, Novak, zur Seite stand, der, wie die Interpellationsbeantwortung sagt, seinem Charakter nach „moralisch schlecht, zu allen Verträgen und anderen Verbrechen sich fähig zeigte“. Dieser Novak war der Vertraute Berglers und blieb es auch noch zu einer Zeit, da von Novak alle nur erdenklichen Betrügereien feststanden und von ihm bekannt war, daß er Privatbriefe widerrechtlich geöffnet, gelesen und wieder geschlossen hatte. Die betrügerischen und verbrecherischen Manipulationen wurden Novak dadurch ermöglicht, daß ihm, entgegen der Vorschrift des Ministeriums, wonach untergeordneten Beamten die geheime Chiffrenschrift nicht bekannt sein darf, diese Schrift von Bergler anvertraut worden war. Bergler wußte schon im Jahre 1920 um die Betrügereien des Novak, ebenso wie um Manipulationen des Legationssekretärs Dr. Reichmann, aber er ging, wohl weil er selber reichlich Butter auf dem Kopfe hatte, gegen sie nicht vor, sondern hielt mit ihnen bis zum letzten Augenblick gute Freundschaft. Die beiden Gesandtschaftsbeamten erwiesen sich dieser Freundschaft dadurch

wert, daß sie Bergler über andere Gesandte der tschechoslowakischen Republik referierten und ihm gegen diese wie auch gegen den Außenminister selbst Dokumente zweifelhaftester Art sammeln halfen. Vor den untergeordneten Beamten sprach nicht nur Bergler in der verächtlichsten Weise über die Zentralbehörde, sondern er buldete es auch, daß Beamte dieser Kategorie in ähnlicher Weise sprachen und schrieben. So sah die Disziplin in dieser Gesandtschaft aus. Aber es gab noch weit schönere Dinge. Im Februar 1921 erfuhr das Ministerium, daß der Vertragsbeamte Kizlink im Automobil der Gesandtschaft ohne jede Entschuldigung Ausfahrten machte, während in seinen Rechnungsbüchern die fürchterlichste Unordnung herrschte. Die Ausfahrten dienten ihm unter anderem dazu, einen schwinghaften Handel mit Pianos zu betreiben. Bergler aber sah und hörte nichts. Im Jahre 1920 verfügte das Ministerium in einem chiffrierten Telegramm die Suspendierung Novaks, aber dieser fälschte das Telegramm dahin, daß er — in eine höhere Rangsklasse zu versetzen sei, was Bergler denn auch verfügte. Ein neuerliches Telegramm des Außenministeriums fälschte Novak dahin, daß er nach Prag zurückkehren habe, und daß ihm eine größere Summe für die Reisekosten ausbezahlt sei. Mit Recht sagt die Interpellationsbeantwortung: „Stellen wir uns vor, daß es sich um die Gesandtschaft bei einer Großmacht handelt, daß es um wichtige Angelegenheiten anderer Art hätte gehen können, und daß alles dies in den Händen eines Beamten von solcher Art geseen ist.“ Bergler aber schritt erst ein, als sich Novak auf hohem Meere auf der Flucht nach Amerika befand. Er wurde verhaftet und von den japanischen Gerichten wegen Betruges zu 18 Monaten Kerker verurteilt.

Soweit geht es mehr und minder um die passive Teilnahme Berglers an der Skandalwirtschaft in der Gesandtschaft von Tokio. Das nächste Kapitel behandelt seinen aktiven Anteil daran. Davon in einem zweiten Artikel.

## Der Kampf im Ostrauer Revier.

Im größten Kohlenrevier der tschechoslowakischen Republik ruht die Arbeit. Daß ein Kampf um die Bergarbeiterlöhne gerade im Ostrauer Revier entbrannt ist, ist kein Wunder, denn seit zwei Jahren haben alle Konflikte im Bergbau den Ausgang von Ostrava genommen. Von den reichen Besitzern der Ostrauer Gruben sind alle die Störungen im Wirtschaftsleben, die durch den Kampf der Bergarbeiter entstanden sind, ausgegangen. Die Vermutung liegt nahe, daß die Ostrauer Bergherren nicht nur die Preisstecher für die Grubenbesitzer der übrigen Reviere, sondern für die gesamte Industrie der Republik sind, deren Generalsekretär Sodas seit Jahr und Tag kein anderes Wirtschaftsziel kennt, als die Herabsetzung der nach seiner Meinung hohen Bergarbeiterlöhne. Daß diese Vermutung berechtigt ist, lehrt die ganze Art, in der die Unternehmer den ausgedehnten Kampf mutwillig heraufbeschworen haben.

Der letzte Lohnvertrag im Ostrauer Revier wurde am 15. November 1922 auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, an den Unternehmer und Arbeiter für die nächste Zeit gebunden waren. Am 16. Jänner jedoch wurde auf den Gruben eine Rundmachung angeschlossen, daß ab 1. Februar an Samstagen acht Stunden gearbeitet werden soll, daß für die zwei Stunden Ueberzeitarbeit bis 1. März eine Zulage gewährt werden wird, welche nach diesem Tage einfach aufhört. Die Arbeiter haben dieses einseitige Diktat, welches einen unerhörten und unverantwortlichen Bruch des Kollektivvertrages darstellt, abgelehnt, worauf die Unternehmer Ende Jänner den Vertrag gekündigt haben. Der Kündigungstermin wurde einige Male, zuletzt bis 10. März, verlängert, und am 6. März suchte man noch einmal durch Verhandlungen der Gefahr des vertragslosen Zustandes zu entgehen. Bei diesen Verhandlungen gaben die Vertreter der Bergarbeiter die Erklärung ab, daß sie auf der Aufnahme der Sechsstundenschicht in den neuen Vertrag bestehen. Am übrigen sei die Frage der Sechsstundenschicht am Samstag eine solche, die die gesamten Bergarbeiter der Tschechoslowakei ansehe, weshalb darüber Verhandlungen der Gesamtheit der Unternehmer mit der Gesamtheit der Bergarbeiter im Staate zu führen sind. Die Unternehmer machten den Gegenvorschlag, daß bis Mai acht Stunden gearbeitet werden soll, wobei für die zwei Stunden Ueberzeitarbeit am Samstag eine Entlohnung geleistet werden wird, wenn die Pflichtleistung pro Schicht und Mann, die bisher 7 bis 7,5 Meterzentner betrug, auf 8,5 bis 9 Meterzentner erhöht wird. Von der Erreichung dieser Pflichtleistung wird die Bezahlung des durchschnittlichen Verdienstes, der 46,50 K beträgt, abhängig gemacht. Außerdem sollte in der Urlaubsfraße eine Verschlechterung gegen den bestehenden Zustand eintreten und die Menge der Deputatlohn, deren Ausmaß seit Jahrzehnten feststeht, herabgesetzt werden. Die Arbeitervertreter lehnten selbstverständlich so weitgehende Forderungen ab und da sowohl die Unternehmer, als auch der Leiter des Ostrauer Revierbergamtes Pfeiffer — dessen wohlwollende Neutralität gegenüber den Bergherren mit einer Ursache des Konfliktes ist — behaupteten, daß verschiedene Betriebsräte sich bereit erklärt hätten, am Samstag acht Stunden gegen besondere Bezahlung zu arbeiten, erklärten die Vertreter der Bergarbeiter, den Vorschlag der Unternehmer einer Revierkonferenz vorzulegen. Die Revierkonferenz, die am 11. März stattfand, hat nun den Vorschlag der Unternehmer einstimmig abgelehnt und beschlossen, den Streik zu proklamieren, weil die Arbeiter nicht im vertragslosen Zustand zu arbeiten gewillt sind.

Die Ostrauer Unternehmer wollen ihre Forderung damit begründen, daß sie den teilweise verloren gegangenen Absatzmarkt im Inland und Ausland für das Ostrauer Revier wieder gewinnen wollen und daß daher in erster Linie die Löhne abgebaut werden müssen. Wir haben bereits gestern den Ausweis der koalitierten Bergarbeiterverbände veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß die Arbeiterlöhne seit 1921 um 36 Prozent zurückgegangen sind, daß dagegen die Arbeitsleistung sich um 31 Prozent erhöht hat und die Lohnkosten pro Tonne um nicht weniger als 52 Prozent gestiegen sind. Damit haben die Ostrauer Grubenflaven die höchste Leistung der Bergarbeiter der ganzen Welt erreicht, die Durchschnittsleistung um 150 Kilogramm pro Schicht und Mann höher als es vor der Befugung im Ruhrgebiete war und um zwei Meterzentner höher als in England! Selbst die amerikanischen Bergarbeiter, die technisch unter ungleich günstigeren Bedingungen arbeiten, können die Arbeitsleistung der Ostrauer Bergarbeiter kaum überholen. Vorher haben die Un-

Arbeiter eine Arbeitsleistung von 7.50 Meterzentnern als unbedingt notwendig erklärt, jetzt, da die Arbeitsleistung 8.24 Meterzentner beträgt, verlangen sie plötzlich 9 Meterzentner pro Schicht und Mann. Die Ostrauer Grubenbarone wollen die Ausbeutung der Bergarbeiter auf den höchsten Grad steigern, sie wollen auf Kosten des Lebens und der Gesundheit ihrer Arbeiter ungeheure Gewinne einstecken.

Auf diesem Wege ist die Sechsstunden-schicht am Samstag den Unternehmern ein Hindernis. Die Bergarbeiterorganisationen beharren demgegenüber auf dem Standpunkt, daß die Sechsstundenschicht am Samstag nur dann aufgehoben werden kann, wenn durch ein besonderes Gesetz die Arbeitszeit für den Bergbau derart geregelt wird, daß die heutige wöchentliche Maximalarbeitszeit gewährleistet ist. Die Bergarbeiter werden durch das Gesetz über den Achtstundentag ohnehin schlechter behandelt als die übrigen Arbeiter, da für sie die effektive Arbeitszeit nicht acht Stunden, sondern achtinhalb Stunden beträgt und die Bergarbeiter ein Anrecht darauf haben, daß sie infolge der besonders schwierigen und gefährlichen Arbeit ihres Berufes wenn nicht besser, so doch mindestens in gleicher Weise wie die Arbeiter der anderen Berufe behandelt werden. Vor dem Kriege war es in allen Staaten der Welt so, daß diejenigen, die unterwegs arbeiten mußten, in bezug auf ihre Arbeitszeit besser behandelt wurden wie die übrigen Arbeiter. In England, wo der Bergbau technisch auf der Höhe ist, wird seit 30 Jahren am Samstag überhaupt nicht gearbeitet, so daß niemand behaupten kann, daß die kürzere Arbeitszeit am Samstag die Konkurrenzfähigkeit des Bergbaues ernstlich behindere. Wenn in Ostrau wenig produziert wird, dann gibt es in der Tschechoslowakei Tausende von arbeitslosen Bergarbeitern, durch deren Einstellung die Kohlenproduktion so gesteigert werden könnte, daß der Bedarf gedeckt ist. Im übrigen ist die Zahl der Arbeiter, welche am Samstag sechs Stunden arbeiten, so gering, daß die Verlängerung der Arbeitszeit am Samstag keine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern eine reine Prestigefrage der Unternehmer ist.

Daraus geht wohl mit Deutlichkeit hervor, wie leichtsinnig und unverantwortlich der im Ostrauer Revier ausgebrochene Streik der Bergarbeiter von den Unternehmern hervorgerufen ist, welche Gewissenlosigkeit noch deutlicher wird, wenn man bedenkt, daß infolge der Ruhrbesetzung sowie der Entwicklung der valutaren Verhältnisse in Europa gerade jetzt für das Ostrauer Revier besondere Zeiten gekommen sind. Der volkswirtschaftliche Schaden, der hier entsteht, beläuft sich in die Milliarden und die Ostrauer Unternehmer liefern wieder einmal den Nachweis, wie um des Profits ein paar weniger das gesamte Wirtschaftsleben geschädigt wird.

## Inland.

### Eine kommunistische Dollaranleihe.

Im Jahre 1921 wurde bekanntlich über Initiative des Internationalen Gewerkschaftsbundes in allen Ländern von den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern eine großzügige Hilfsaktion für Rußland durchgeführt. In der Tschechoslowakei waren zuerst alle Arbeiterorganisationen zu diesem Zwecke vereinigt, später sprangen, ohne Grund, die Kommunisten aus, weil die Zentrale in Moskau befohlen hatte, daß die Kommunisten eine eigene Hilfsaktion einzuleiten haben. Der Austritt der Kommunisten hat der gemeinsamen Arbeiterhilfe in der Tschechoslowakei, die eben vor dem Abschluß stand, nichts mehr geschadet. Die Eigenbrödelerei der Kommunisten hat keinerlei nennenswerte Ergebnisse gezeigt. Da sitzt nun seit fast zwei Jahren in Berlin ein gewisser Münzenberg und experimentiert an Hilfsaktionen für Sowjetrußland dilettantisch herum. Seine neueste Erfindung ist die Gründung einer „Industrie- und Handels-gesellschaft, Internationale Arbeiterhilfe für Sowjetrußland“, die ihre erste „Internationale Dollaranleihe“ im Betrage von einer Million Dollar aufgelegt hat.

Die Arbeiterschaft ist begreiflicherweise gegen alle kommunistischen Einwicklungen, auf Grund der traurigen Erfahrungen, die sie gemacht hat, außerordentlich misstrauisch. Die Arbeiter erinnern sich auch noch sehr lebhaft daran, daß die Kommunisten grundlos die gemeinsame Hilfsaktion verlassen hatten, sehen, daß in der Tschechoslowakei ein verhältnismäßig großer kommunistischer Parteiapparat existiert, der doch aus eigenen Mitteln der hiesigen Partei unmöglich bezahlet werden kann. Die Blätter und Sekretariate dieser Partei sind nur durch die Unterstützung Rußlands möglich. Es überlegt sich selbstverständlich jeder denkende Arbeiter, unter solchen Umständen, selbst wenn er Geld hätte, wenn er nicht durch die Wirtschaftskrise finanziell total ausgehöhlet wäre, Geldopfer zu dem Zwecke zu bringen, daß aus Moskau Leute ausgehalten werden, deren schimpfliches Handwerk der Versuch, die Gewerkschaften zu zerstören ist und die für Sold die sozialistische Partei zu bekämpfen haben. Dieser Tage ging durch die Blätter die Nachricht, daß die russische Regierung eine Million Goldrubel ins Ruhrgebiet gesendet hat. Wenn das wahr ist, ist dies zwar eine erfreuliche Bekundung internationaler Solidarität, aber es wirkt doch sehr merkwürdig, daß während man eine „Internationale Arbeiterhilfe zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der russischen Hungergebiete“ zu organisieren versucht, die Kommunisten gleichzeitig wieder Geld, statt es für diesen Zweck in Rußland zu verwenden, ins Ausland

dringieren. Schließlich kommt in Betracht, daß der Kurs, zu dem die Dollars gekauft werden sollen, ungemein schwankt und niemand weiß, welcher Betrag in tschechoslowakischen Kronen seinerzeit für die jetzt gezeichneten Dollars zurückgezahlt werden soll.

In der Zeit der schwersten Wirtschaftsnot, die wir jetzt durchleben, gibt es wohl keinen Arbeiter und Angestellten, der von dieser „sicheren Anlage, eventueller Ersparnisse“ wie die Kommunisten so hübsch sagen, Gebrauch machen würde. Da es sich außerdem um ein kommunistisches Parteiunternehmen und um ein schlechtes Geschäft handelt, finden sich selbstverständlich auch keine Korporationen, die ihr Geld im Münzenberger Unternehmen anzulegen bereit wären.

**Der verfassungsmäßige Ausschuss des Senates** trat gestern um halb 10 Uhr vormittags zur weiteren Beratung des Schutzgesetzes in Abwesenheit der Vertreter aller Oppositionsparteien zusammen. Senator Klouda (tschechischer Sozialist) erstattete das Referat. In der folgenden Generaldebatte, die den ganzen Vormittag währte, sprach auch Justizminister Dr. Dolanský. Nach dem Schlußworte des Senators Dr. Klouda wurde die Sitzung bis 3 Uhr nachmittags unterbrochen. Nach dieser Unterbrechung begann die Spezialdebatte, die am Abend zu Ende geführt wurde. Damit ist das Gesetz auch im verfassungsmäßigen Ausschuss des Senates angenommen und gelangt nunmehr ins Plenum. — Vom Klub der tschechisch-sozialistischen Senatoren wird konstatiert, daß Senator Dr. Krejčí für das Gesetz zum Schutze der Republik stimmen wird.

**Beratungen der Koalition.** Der Zehner-ausschuss der Koalition befaßte sich mit einigen mit der Bodenreform zusammenhängenden Angelegenheiten. — Wie mitgeteilt wird, hat sich die Mietzinskommission über die grundsätzlichen Bestimmungen der Vorlage bereits geeinigt. Der Mietererfolg bleibt aufrecht, die Möglichkeit der Kündigung wird aber erweitert. Der Mietzins soll nicht erhöht werden, bis auf fünf Prozent bei jenen, welche von der letzten Erhöhung nicht betroffen wurden. Weiter wurde der Beschluß gefaßt, daß Uebereinkommen zwischen Mietern und Hausherren über die Höhe des Mietzinses nur dann gültig sind, wenn sie den Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes nicht widersprechen. Das neue Mieterschutzgesetz bezieht sich ferner nicht auf Lokale, in denen Erwerbstätige betrieben wird; über die Höhe des Mietzinses für solche Lokale wird eine Beratung mit den Handels- und Gewerbetreibenden erulden. Ueber die Verschlebung der exekutorischen Räumung von Wohnungen wird eine besondere Verordnung erlassen. Die sogenannte Reihnerverordnung soll aufgehoben werden, aber in ähnlicher Form wiedererleben. — Die Novelle zur Vermögenszuwachssteuer soll von den koalitierten Parteien in ihren Grundzügen bereits genehmigt worden sein. Die Details sind noch nicht geregelt, es ist bloß bekannt, daß die Zahlungsfristen, die bisher halbjährig waren, auf sechsmonatig verlängert werden. Auch soll die Abgabe in bestimmten Fällen pauschaliert werden.

Schwer ist es, keine Satire zu schreiben. Die tschechischen Sozialdemokraten haben es als eine unbedingte Notwendigkeit angesehen, in Prag eine öffentliche Versammlung für das Schutzgesetz zu veranstalten. Wenn man dem „Pravo Lidu“ glauben würde, wäre die Teilnahme an der Versammlung eine noch nie dagewesene, die Stimmung der Teilnehmer kampfesregt und begeistert. . . . Wenn dies wahr ist, müßte man die tschechischen Sozialdemokraten, die dafür verantwortlich wären, daß die tschechischen Arbeiter sich an einem gegen sie gerichteten Ausnahmengesetz begeistern, hierfür mit der Verantwortung belasten. Es wird aber mit der Begeisterung der Arbeiter für das Schutzgesetz nicht so weit her sein, wie das „Pravo Lidu“ so gerne glauben machen möchte. Als erster Redner fungierte Abgeordneter Stibin, der erklärte, daß die tschechischen Sozialdemokraten vor der Reaktion nicht weichen werden, doch seien sie überzeugt, daß sie, um diesen Kampf führen zu können, auf dem bisherigen Wege verharren müssen. Er verzichte hierbei den österreichischen Sozialdemokraten, die alle Macht der Reaktion in die Hände gegeben hätten, einen Seitenhieb, und meinte schließlich, daß er es nicht für nötig halte, das Vorgehen des Abgeordnetenklaubs in dieser Sache zu verteidigen. Offenkundig, weil sich dieses Vorgehen nicht verteidigen läßt! Den Höhepunkt dieser Versammlung bildete aber jedenfalls das Auftreten des Senators Dr. Soukup, der sich den glänzenden Witz leistete, das Schutzgesetz als ein Geschenk an die sozialistische Internationale zu bezeichnen, weil, wenn es nicht das Schutzgesetz gäbe, nicht nur die tschechoslowakische Republik, sondern der Sozialismus überhaupt bedroht wäre. . . .

**Der Streik in der tschechischen sozialistischen Partei.** Die Prager Gemeindevertreterin Plamínek, die im Vollzugsausschuh der tschechischen Sozialisten gegen die Ausschließung der Gruppe Dr. Brdénský stimmte, wurde nun selbst von der Lokalanorganisation Prag I. aus der Partei ausgeschlossen. Die Ausschließung ist auch deshalb interessant, weil Frau Plamínek als erste Einzelperson auf der Kandidatenliste des Prager Gauses der tschechischen sozialistischen Partei in dem Senat figuriert. — Abgeordneter Dr. Brdénský wurde vom Verwaltungsrat der Genossenschaft der tschechischen sozialistischen Partei der Funktion des Vor-

zenden entkoben und auf seinen Platz Abgeordneter Dr. Trnobranský gestellt.

**Wieder ein neues Regierungsblatt.** Dem „Rude Pravo“ zufolge haben der Abgeordnete Brodecký (Unabhängiger) und der Obmann der tschechischen Lehrgemeinde Džbít ihr Organ „Čestloslovenske Noviny“, das bisher in schärfster Opposition gegen die Koalition stand, und das Schutzgesetz der Reaktion heftig bekämpfte, der Regierung verkauft. Die Leitung des Blattes übernahm Dr. Baltasar, ein verwendbarer Mann aus der großen Armee der tschechisch-deutsch-ungarischen Regierungsjournalisten. — Der „Cas“ ist tot, es leben die „Čestloslovenske Noviny“ — und die Steuerzahler!

**Gegen wen richtet sich und was bewirkt der Kampf der Kommunisten?** Kampfrichtung und Kampfwend der Kommunisten wurden bei einem Ereignis der jüngsten Zeit so klar, daß es nottut, darauf noch mit einigen Worten zurückzukommen. Wir meinen die Karbiber Gemeindevwahsen, deren allgemeiner Ausfall zwar lokale Ursachen hat, die aber dennoch in gewisser Hinsicht ein typisches Beispiel für die Art und die Folgen der kommunistischen Tätigkeit sind. In einem halben Duzend Parteien sind die Deutschbürgerlichen zu dieser Wahl geschritten, aber alle ihre politischen Gruppierungen sind innerlich fast miteinander verbandelt und die verschiedene äußerliche Firmierung diente nur dem Zweck, möglichst alle Kreise zu erfassen. Diesen Schwundel gab die dortige bürgerliche Provinzpresse auch zu, kaum daß die genasführten Wähler von der Urne zurückgekehrt waren. Und jetzt hält das einige Spießbürgertum von Karbib eintätig seinen Einzug in die Gemeindestube, als Majorität von Gnaden der Kommunisten. Denn sie, die sich auf den dortigen Erfolg ihrer Partei so viel zugute tun, sie allein haben den Bürgerlichen zu diesem Sieg verholfen. Ihre Schuld ist es zunächst, daß der einmütigen reaktionären Gesellschaft eine in zwei Gruppen gesplattene Arbeiterschaft gegenübersteht. Die 13 Mandate der deutschen Sozialdemokraten haben die Kommunisten, nachdem die Partei zerfallen war, nicht schlafen lassen und darum begannen sie mit allen Mitteln den Kampf nicht gegen die Parteien der Klassengegner, sondern gegen die deutschen Sozialdemokraten. Ihre letzte Kampfthat bestand darin, daß sie am Wahltag die Flugzettel unserer Partei herunterrißen. Bis zum letzten Augenblick haben sie, ohne sich um die Deutschbürgerlichen zu scheren, die im Jahre 1919 in der Minderheit geblieben waren, ihren Kampf gegen die Sozialdemokraten gerichtet — und ihrer Tätigkeit war Erfolg beschieden, der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist gelungen: die Deutschbürgerlichen haben die Majorität in der Gemeinde zurückerobert. Das sieht natürlich die Kommunisten, die auf Kosten der Arbeiterschaft einen parteipolitischen Erfolg buchten, wenig an; umso mehr aber empfindet es die Karbiber Arbeiterschaft, die nun die Folgen dieses Schuldscheitels kommunistischer Tätigkeit zu tragen haben wird. Ueberall aber, nicht nur in Karbib, wird die sozialistische Arbeiterschaft aus diesen Tatsachen die Lehre ziehen, daß sie mit verdoppelter Energie auf der Wacht stehen muß, wenn sie dem Ansturm des Bürgerturns standhalten will, da diesem die Kommunisten die größten Hindernisse aus dem Wege räumen.

**Ein Kongreß der tschechischen Selbstverwaltungsbezirke** fand Dienstag in Prag statt. Professor Dr. Cyril Horáček sprach über die Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper, deren Regelung anlässlich der allgemeinen Steuerreform nötig sein wird, ohne daß der Wirkungsbereich der Verbände eingeschränkt werde. Sekretär Dr. Klapla sprach — nach dem Berichte des „Prager Tagblatt“ — über die finanzielle Lage der autonomen Körperkassen nach Erlaß des Gesetzes vom 12. August 1921. Die Finanznovelle, die Steuerbeschränkung auf 80 Prozent des Reingewinnes bei öffentlich rechnungslegenden Unternehmungen, die Befassung mit Notstandsarbeiten, Steuerabschreibungen und Nichteingänge, späte Anweisung der Zuteilungen sind die Gründe für die unbefriedigende finanzielle Lage der autonomen Körperkassen. Es wurde eine Entschlieung angenommen, wonach die Selbstverwaltung vor einer Steuerreform gehört werden soll; bis dahin wird rechtzeitige Vorschreibung der Steuern und rechtzeitige Zuweisung der Zuteilungen verlangt.

## Telegramme.

### Ruhrdebatte im englischen Unterhaus.

**Geringe Mehrheit der Regierung.** London, 14. März. (Reuter.) Gestern fand im Unterhaus neuerdings eine Aussprache über die französische Aktion im Ruhrgebiete statt. Sie erfolgte auf Grund eines Antrages des liberalen Abgeordneten und ehemaligen Ministers Simon, welcher eine Herabsetzung der Ausgaben des Außenamtes forderte. Einige Redner unterzogen die Tätigkeit Frankreichs im Ruhrgebiete einer scharfen Kritik, u. a. der ehemalige Ministerpräsident Asquith, welcher erklärte, daß durch diese Aktion keine Reparationen eingehbracht werden, sondern daß durch sie eine bittere Animosität geschaffen und der europäischen Friede bedroht wird. Er forderte, daß der Völkerverbund interveniere und die Lösung des Reparationsproblems versuche. Der Unterstaatssekretär des Außenministeriums verurteilte im Namen der Regierung die Kritiken des alliierten Frankreichs, welches sich gegenwärtig in einer schwierigen Lage befindet. England wünscht, der Alliierte Frankreichs so lange als möglich zu bleiben. Der Antrag Simon wurde mit 249 gegen 201 Stimmen abgelehnt.

### Vertreter der englischen Arbeiterpartei in das Ruhrgebiet.

London, 14. März. (Reuter.) Der Parla-mentarischer Statler des „Daily Telegraph“ meldet, die Arbeiterpartei habe beschlossen, eine „offizielle Abordnung“ in das Ruhrgebiet und in andere Teile Deutschlands zu entsenden. Die Mitglieder dieser Abordnung würden nach ihrer Rückkehr der Exekutive der Arbeiterpartei Bericht erstatten.

### Nach dem Morde in Buer.

Berlin, 13. März. (Wolff.) Der Belagerungszustand in Buer wird, aufs schärfste durchgeführt.

Der Reichspräsident hat den Hinterbliebenen der Opfer der letzten Tage telegraphisch seine Teilnahme ausgesprochen und den betroffenen Familien die Zusicherung zugehen lassen, daß alles getan werden solle, um ihnen materielle Not fernzuhalten.

Der französische Ortskommandant von Buer hat die Stadtverwaltung aufgefordert, sofort eine neue Polizei zu schaffen. Damit geben die Franzosen selbst zu, daß sie mit der Befestigung der Schutzpolizei einen schweren Fehler begangen haben. Die Bildung der neuen Polizei stößt auf außerordentliche Schwierigkeiten, da kein geübtes Personal mehr vorhanden ist und die Kriminal-polizei nach der Ermordung eines Kommissärs das Risiko des neuen Dienstes nicht übernehmen will.

Wie der „Lokalanzeiger“ aus Gelsenkirchen meldet, muß die Beerdigung der von den Franzosen in Buer ermordeten Deutschen Mittwoch früh in aller Stille vor sich gehen. Nur die nächsten Angehörigen der Todesopfer dürfen an der Bestattung teilnehmen. Die Trauerfeier für die beiden ermordeten französischen Offiziere soll dagegen mit größtem militärischen Pomp vor sich gehen.

### Der französische Kriegsbericht.

Berlin, 14. März. (Eigenbericht.) Die Arbeiterschaft der Unionwerke in Dortmund hat gegen die Erschießung eines dort beschäftigten Arbeiters einen Protest an den französischen Kommandanten gerichtet. Darauf erschien heute mit tag eine Abteilung französischer Soldaten auf dem Werk und verhaftete den Vorsitzenden des Betriebsrates, welcher infolge seines energischen Protestes nach einer halben Stunde wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. In Witten haben die Franzosen für eine Angabe über jeden noch in Witten sich aufhaltenden Beamten der Schutzpolizei eine Belohnung von 250.000 Mark ausgesetzt.

Berlin, 14. März. (Wolff.) Außer den schon gemeldeten drei Todesopfern sind von den Franzosen am Montag noch zwei Schutzpolizisten erschossen worden und zwar auf dem Hofe des Dyzems. Der Vorgang ist von einer Nachbarin der umliegenden Häuser durch eine Dachlupe aus einer kurzen Entfernung beobachtet worden. Die Erschossenen sind die Wachmeister Mohr und Krause. Die beiden Beamten waren ausgewiesen worden und wieder zurückgekehrt, um ihre zurückgebliebenen Sachen zu holen. Die Leichen sind bisher noch nicht freigegeben worden.

Berlin, 14. März. (Wolff.) Außer den Bahnhöfen von Ruhrort sind gestern nachmittag die Bahnhöfe Recklinghausen-Süd und Bottrop-Süd von den Franzosen besetzt worden. Auf der Strecke Wanne-Recklinghausen-Süd werden seit gestern die Züge angehalten und jene Züge, die nicht stehen bleiben, beschossen. Dabei wurde heute nachmittag der Heizer eines Zuges durch einen Schuß schwer verletzt. — In Dortmund wurden heute auch die Redaktionsräume der „Dortmunder Zeitung“ von den Franzosen durchsucht. Der Chefredakteur und ein Redakteur wurden verhaftet. — Das französische Kriegsgericht in Recklinghausen verurteilt den Vorsitzenden des kaufmännischen Vereines in Wanne zu sechs Monaten Gefängnis und einer Million Mark Geldstrafe, weil er auf Beschluß der Kaufmannschaft von Wanne den Franzosen keine Waren verkaufte. Dasselbe Kriegsgericht verurteilte ferner den Antmann von Wanne zu drei Jahren Gefängnis und drei Millionen Mark Geldstrafe, weil er sich geweigert hat, den Franzosen Kohle zu liefern.

### Die Schweiz und die Ruhrbesetzung.

Bern, 14. März. (Sch. P. S.) Der Vorsitzende des Politischen Departements Bundesrat Motta erstattete in der gestrigen Sitzung des Bundesrates Bericht über die sehr zahlreichen Schritte, welche bereits wegen der Rückwirkung der Ruhrbesetzung auf die schweizerische Wirtschaftslage von zahlreichen Parteien unternommen worden sind. Auf Antrag Mottas wurden die verschiedenen Departements angewiesen, dem Politischen Departement alles diesbezügliche Material zur Verfügung zu stellen, welches für weitere Schritte in dieser Richtung dienlich sein kann.

### Ludendorff und sein Knappe.

München, 14. März. (Eigenbericht.) Unser Patriotenorgan, die „Münchener Post“, veröffentlicht einen Parolezettel der nationalsozialistischen Volkshilfsabteilung vom 4. März, der an erster Stelle von Neubauer unterzeichnet ist. Dieser Neubauer ist der Diener Ludendorffs, den die Röhbach-Lente in freundschaftlicher Vertuschtheit die kleine Erzeleny nennen. Die „Münchener Post“ knüpft daran die Frage, ob man im Ernst annehmen dürfe, daß Ludendorff von der eigenen persönlichen Verbindung seines Dieners mit den Stützorganen nicht die geringste Ahnung habe. Ludendorff wird umso mehr peinlich betroffen sein,

als gestern auch der Abgeordnete Seid, der Fraktionsführer der bayerischen Volkspartei, im Regensburger Anzeiger Ludendorff einen Mann nennt, der seine Aufgabe darin suche, die ihm gewährte Gastfreundschaft in Bayern zu missbrauchen.

Der Minister und der Polizeipräsident mit den Butschiffen im Bunde.

Berlin, 14. März. (Eigenbericht.) Ein Major Mayer, dem die Aufhebung der Verschönerung der Fuchs-Leute gelungen ist, stellt in einer aufsehenerregenden Zuschrift an den „Bayerischen Kurier“ fest, daß der bayerische Minister des Innern und der Münchener Polizeipräsident drei Stunden vor Beginn der von dem französischen Generalkonsul Richert abgehaltenen Besprechung am 20. Februar über den beabsichtigten Butschiffen orientiert waren. Der Polizeipräsident hätte Richert unbedingt in polizeiliche Gewalt bringen können.

Schwere Erkrankung Lenins.

Moskau, 14. März. (Tsch. B.-B.) Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur hat sich der Gesundheitszustand Lenins, der sich seit Dezember von der Leitung der Staatsgeschäfte wegen Anzeichen von Ueberreizung zurückgezogen hat, in den letzten Tagen fühlbar verschlechtert, so daß die Sowjetregierung sich zur Herausgabe täglicher Bulletin entschlossen hat. Nach den vom 12. und 13. d. M. datierten und von den Professoren Minkowski, Förster und Kramer sowie vom Privatdozenten Kojewnikow unterzeichneten Bulletin sind Symptome für Störungen im Blutumlauf aufgetreten, die leichte Lähmungserscheinungen der rechten Hand und des rechten Beines herbeiführten und auch das Sprachvermögen in Mitleidenschaft zogen. Im Sprechvermögen war am Donnerstag eine leichte Besserung zu verzeichnen. Der allgemeine Gesundheitszustand ist befriedigend, die Herzstätigkeit ist gut.

Wilna den Polen zuerkannt.

Paris, 14. März. (Havas.) Nach einer amtlichen Mitteilung der Botschaftskonferenz wurde das Wilnaer Gebiet mit der Stadt Wilna Polen zuerkannt. Diese Entscheidung setzt auch die polnisch-russische Grenze fest.

Friedensverhandlungen mit den Türken in Paris?

Paris, 14. März. (Havas.) Der „Matin“ erfährt aus britischer Quelle in Konstantinopel, daß die nächste Friedenskonferenz in Paris stattfinden wird.

Tages-Neuigkeiten.

Das Marx-Gedenken des „Pravo Lidu“. Schwere Gegenstände bestehen seit Jahr und Tag zwischen der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und uns und wohl noch niemals zeigte sich die Kluft zwischen jener und unserer Partei breiter und tiefer als eben jetzt, weil eben noch niemals zuvor jene Partei so sehr vom Wege des marxistischen Klassenkampfes abgeirrt war. Dennoch ist sie eine sozialistische Partei und gehört der zweiten Internationale an, die auch auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus steht und sich zu den großen Lehren von Karl Marx bekennt. Das gesamte Klassenbewußte Proletariat feierte gestern den vierzigjährigen Todestag unseres größten Meisters in höchster Würde. Das „Pravo Lidu“ aber, das Zentralorgan der tschechoslowakischen sozialistischen Arbeiterpartei, hatte für eine würdige Marxfeier weder Zeit noch Raum. Das vorgelesene Abendblatt brachte neben dem Bild Marxens — sechzehn Zeilen, und das geistige Morgenblatt erinnerte sich Marxens in einer Lokalnotiz an dritter Stelle. Für Karl Marx hat das „Pravo Lidu“ genau so viel Platz und Zeilen übrig, wie für den „Vollgesang“ des Herrn Werfel, mit dem es sich auf der nächsten Seite derselben Nummer beschäftigt. Dem „Pravo Lidu“ scheint die Würdigung des Prager deutschen Literaturwerfel für das tschechische Proletariat ebenso wichtig und interessant zu sein, wie die Feier des Andenkens an Karl Marx. Bisher pflegte man sich innerhalb der tschechischen Partei der besseren Vergangenheit doch wenigstens an Feiertagen zu erinnern — nunmehr hält man auch dieses schon für überflüssig und schleppt Marx-Gedenktage durch die Rubrik „Verschiedenes“. Dies ist leider weit mehr als eine Keuherlichkeit.

Karlshaber Marx-Erinnerung. Der „Vollwille“ erinnert in seiner geistigen Marx-Kolumne an den wiederholten Ausrufenhalt Marxens in Karlshab in den Jahren 1874, 1875 und 1876. „Im Jahre 1877 er“ — nach einem Bericht Karl Liebknechts — „wieder nach Karlshab gehen, allein es wurde uns gemeldet, die deutsche und die österreichische Regierung beabsichtigen, ihn auszuweisen, und da die Reise zu lang und zu kostspielig war, um es auf eine Ausweisung ankommen zu lassen, ging er — zu seinem größten Nachteil, denn nach der Kur dort fühlte er sich immer wie neugeboren — nicht mehr nach Karlshab.“ Soweit Leonore Marx. Und dann fährt der „Vollwille“ fort: „Dah die Nachricht, Marx sei von der Ausweisung durch die deutsche und österreichische Regierung bedroht, keineswegs aus der Luft gegriffen war, sollte er bald genug erfahren. Marx fuhr nämlich nach Berlin, um dort seinen Schwager, Edgar von Westphalen, zu

Eine erregte Arbeitslosendemonstration in Wien.

Zusammenstöße mit der Polizei. — Verhaftungen.

Wien, 14. März. (Eigenbericht.) Heute vormittags fand vor dem Parlamente eine Demonstration einiger hundert arbeitsloser Metallarbeiter statt. Die Arbeitslosen waren zuerst zum Ministerium für soziale Verwaltung gezogen, doch da der Minister nicht anwesend war begaben sie sich zum Parlamente. Hier sandten sie eine Abordnung, die mit den Genossen Schiegl und Ellenbogen beim Minister vorsprach und ihm die Forderung nach Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf 108.000 Kronen pro Woche vorlegte. Die Abordnung machte den Minister darauf aufmerksam, daß die Erregung unter den Arbeitslosen eine ungeheure sei und diese nurmehr mit großer Mühe von Ausschreitungen abgehalten

werden könne. Der Minister für soziale Verwaltung mußte die Berechtigung der Wünsche der Arbeitslosen zugeben, erklärte jedoch, daß keine Beträge mehr zur Verfügung stehen, daß der Finanzminister kein Geld hergeben wolle. Die Abordnung sprach dann auch mit dem herbeigeholten Finanzminister, der erklärte, daß derzeit keine Mittel mehr da seien. Inzwischen hatte sich der über eine Stunde wartenden Menge vor dem Parlamente große Erregung bemächtigt; es wurden Reden gehalten und es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, die einige Verhaftungen vornahm. Um zwölf Uhr war die Demonstration zu Ende.

besuchen. Er blieb nur wenige Tage dort. Eine Stunde, nachdem Marx das Hotel, in dem er logierte, verlassen hatte, erschien die hohe Polizei... Marx' Zustand verschlechterte sich immer mehr. Die Karlsbader Quellen aber, deren Heilkraft schon so manchen weichen Schürzen verjüngten, waren für ihn nicht mehr vorhanden. Die fernere Anwesenheit des genialen revolutionären Denkers in Karlsbad hätte nach der Meinung der österreichischen Polizeigeheime, das Staatswohl gefährden können. Vielleicht wäre sonst noch nicht am 14. März 1883 dieses Leben erloschen, das der Arbeiterklasse aller Länder so unendlich teuer war...

Arbeit für den Denker. Das Schwurgericht in Mähr.-Odrau verurteilte den 25jährigen Bergarbeiter Johann Galickal wegen des an Karl Gavon verübten Mordes zum Tode durch den Strang, den 27jährigen Franz Galickal zu zwei Jahren schweren Kerkers.

Der Denkmalsatz in Freiwaldau. Die die Blätter melden, beginnt am 11. April vor dem Troppauer Divisionsgericht der Prozeß gegen jene Soldaten, die am 31. Juli 1922 die Bronzestatue Josef II. in Freiwaldau stürzten. Interessant ist, daß die Gendarmerie seinerzeit die Täter nicht ausfindig machen konnte, bis sich schließlich 60 Soldaten als Täter meldeten. Man kann nun gespannt darauf sein, wie der Prozeß gegen diese „Freiwilligen“ ausfallen wird.

Unsere Toten. Die Frauenbewegung in Bodenbach ist am Montag eines ihrer tüchtigsten und opferwilligsten Mitglieder beraubt worden. Kaum 47 Jahre alt, ist Genossin Verla Tampe, die Gattin des Sekretärs des Handels- und Transportarbeiterverbandes, nach einer schweren Operation, die durch ein inneres Leiden notwendig geworden war, gestorben. Noch wenige Tage vor der Operation war Genossin Tampe bestrebt, ihre Pflicht als Parteimitglied zu erfüllen und eilte von Haus zu Haus, um Spenden für die Arbeitslosen und deren Kinder zu sammeln. Genossin Tampe, die schon im Arbeiterinnenverein tätig war, erfüllte als Subkassierin und Funktionärin in der Frauenorganisation gewissenhaft ihren Pflichten. Die Teilnahme an der Beerdigung, die gestern stattfand, bewies, daß sich die Arbeiterchaft von Bodenbach und Tetschen des Verlustes bewußt ist, den sie erlitten hat.

Versammlungen über die „Wirtschaftskrise und politische Lage“ fanden am letzten Samstag und Sonntag in Brüxan und Wittau in Mähren statt. Das Referat erstattete in beiden auf besuchten Versammlungen Abg. Genosse Doktor Politischer, der dieser Tage in Landstron, in Mähr.-Erzabau und Wittau auch auf besuchte Versammlungen abhielt, die den Kampf gegen den Alkoholismus zum Gegenstande hatten.

Die Klucht aus der Kirche in Wien. Im gleichen Verhältnis, in dem in Wien die Austritte aus den Religionsgemeinschaften täglich zunehmen, erhöht sich die Zahl derjenigen Eheschließungen, die vor dem Standesamte geschlossen werden. Nach der Statistik wurden in Wien im Jahre 1922 insgesamt 26.568 Ehen geschlossen. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet das einen Rückgang um 2706 Trauungen. Im Jahre 1912 gab es in Wien 20.127, im letzten Friedensjahre 1913 sogar bloß 17.791 Eheschließungen. Das erste Kriegsjahr 1914 brachte mit 22.294 Fällen eine starke Vermehrung; im weiteren Verlauf des Krieges sank die Zahl jedoch rasch bis auf 13.431 im Jahre 1917. Um so stärker machte sich dafür die Heiratstaut nach Kriegsende geltend, um mit 31.164 Trauungen des Jahres 1920 den Höhepunkt zu erreichen. Eine genau umgekehrte Entwicklung zeigen die Zivilehen in ihrem Verhältnis zur Gesamtzahl der Trauungen. Vor dem Krieg hatte Wien nur 230 bis 260 Zivilehen jährlich. Seither ist die Zahl der Zivilehen ununterbrochen bis auf 2250 im Jahre 1922 gestiegen. Das ist die weitest hohe Zahl seit Bestand der Zivilehen in Wien; mehr als jede zwölfte Eheschließung ist im vorletzten Jahre schon im Rathaus vollzogen worden.

Gemäßigung der Elektrizitätspreise in Prag ab 1. April. Der Verwaltungsrat der Prager Elektrizitätswerke hat beschlossen, den Strompreis vom 1. April wesentlich herabzusetzen, und zwar für Licht auf 4 K plus zwei Prozent Umsatzsteuer, also 4,08 K; für Motoren auf 2,25 K plus zwei Prozent Steuer. Bei gewerblichem Strom werden die Garantien weggelassen, indem die Berechnung geändert wird. Bei großen Verbrauchern wird die

Gebühr für eine Kilowattstunde auf 30 Heller plus 130 Prozent herabgesetzt werden.

Ein betrügerischer Kassier. Der Kassier der Tischlergenossenschaft in Prag-Smichow, Johann Fucik, veruntreute der Genossenschaft 30.000 K. Den Betrag suchte er dadurch zu verschleiern, daß er ein altes Sparkastenschloß fälschte. Er wurde verhaftet und dem Gerichte eingeliefert.

Direkte Bahnverbindung Prag-Karlshab. Die „Nava Doba“ berichtet, soll nach Verstaatlichung der Buchtiehrader Bahn die direkte Bahnverbindung Prag-Karlshab über Ratonitz, Ludwig und Pelschau auch für Schnellzüge hergestellt werden.

Selbstmord. Oestern hat sich der akademische Maler Arnold T. in seiner Wohnung in Prag erschossen.

Raubmord in einem Pfarrhaus. Im Dorfe Obergrund bei Zukmantel posteten in der Nacht vom 8. zum 9. d. M. drei Männer um 11 Uhr an die Tür des Pfarrgebäudes. In der Meinung, es handle sich um einen Verfehlgang, öffnete der Pfarrer Krimos die Tür. Die Eindringlinge überwältigten ihn, drangen in die Wohnung ein, festsetzten und knebelten die Mutter des Pfarrers und enfernten sich, nachdem sie 2000 Kronen Bargeld, Kleider und Wäsche, sowie Meßwein geraubt hatten. Die Mutter des Pfarrers starb kurze Zeit nach dem Ueberfall.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Kampf im Odrauer Revier.

Mährisch Odrau, 14. März. In der Streitlage ist keine Aenderung eingetreten. Im Revier herrscht Ruhe. Heute nachmittags teilte die Direktorenkonferenz im Namen der Unternehmer dem Sekretariate des Bergarbeiterverbandes mit, daß sie dessen frühere Vorschläge, worin die Befassung der bisherigen Minimalleistung von 7 bis 7,57 Meterzentner verlangt wird, nicht annehmen könne. Die Unternehmen beharren auf einer Festsetzung von 8 bis 8,50 Meterzentner als Minimalleistung. Eventuell würden sie mit dem Vorschläge der Bergleute auf Streichung der Bestimmung über die Minimalleistung übereinstimmen, sie verlangen aber, daß der Minimallohn von den bisherigen 80 Prozent (das ist 46,95 Kronen) auf 50 Prozent herabgesetzt werde.

Morgen findet die Revierkonferenz der Mitglieder der Betriebsräte statt. Freitag wird über die Beilegung des Konfliktes im Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag verhandelt werden. Samstag tritt die Reichskonferenz der koalitierten Bergarbeiterverbände zusammen. Nach den Ergebnissen der Prager Verhandlungen wird am Sonntag die Revierkonferenz, welche in Lagz stattfindet, über das weitere Vorgehen Beschluß fassen.

Eine wichtige Entscheidung des Obersten Gerichts.

Lehrlinge sind Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsauswahngesetzes. — Die 60tägige Frist zur Einbringung einer Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht läuft nicht vom Tage der Urteilsfällung, sondern vom Tage der Zustellung an die Parteien.

Eine bemerkenswerte Entscheidung in diesen beiden Fragen hat das Oberste Verwaltungsgericht am 9. Februar 1922 unter Zahl 2189-23 gefällt. Der Sachverhalt ist folgender: Die Schiedskommission hat im Falle einer Beschwerde des Wahlausschusses der Arbeiter einer Auffiger Firma die Entscheidung gefällt, daß Lehrlinge nicht unter die Zahl jener Arbeiter einzubeziehen sind, welche maßgebend für die Anzahl der Mitglieder des Betriebsausschusses sind. Der Betriebsausschuh erhob die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht, welches die Entscheidung der Auffiger Schiedskommission als unbegründet abwies und dies unter anderem folgendermaßen begründete:

Das Gesetz über die Betriebsausschüsse spricht im § 1, Absatz 1 und an anderen Stellen von Arbeitnehmern, ohne jedoch diesen Begriff abzugrenzen, das Gesetz schließt aus dem Stande der Arbeitnehmer lediglich diejenigen aus, die für Saisonarbeiten aufgenommen worden sind, reist aber unter Arbeitnehmer auch die Heimarbeiter ein, die ständig für einen Betrieb arbeiten (§ 15).

Aus der Bestimmung des § 7 geht hervor, daß das Gesetz die Arbeitnehmer in zwei Kategorien teilt: in Angestellte und Arbeiter, daß

es keine Kategorien der Arbeiter unterscheidet und daß es auch den Begriff des Arbeiters nicht auf jene Arbeitnehmer einschränkt, die in dem Betriebe aufgrund eines Arbeits- oder Lohnvertrages tätig sind und auch nicht unterscheidet, ob sie für Lohn, für ein anderes Entgelt oder unentgeltlich arbeiten.

Noch aus einer Reihe anderer Gründe, die wir raummangels hier nicht wiedergeben können, hat das Oberste Verwaltungsgericht den Nachweis geführt, daß Lehrlinge Arbeitnehmer sind. Ebenso hat es die Entscheidung gefällt, daß die 60-tägige Frist zur Einbringung der Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht nicht vom Tage der Urteilsfällung, sondern von jenem der Zustellung des Urteiles an die Parteien gerechnet wird. Insbesondere die erstere Entscheidung ist auch insofern von großer Bedeutung, als in dem Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtes ausdrücklich festgestellt wird, daß von der Zahl der Beschäftigten nur die Saisonarbeiter ausgenommen werden, ferner daß es keinen Unterschied gibt, ob der Arbeiter aufgrund eines Arbeits- oder Lohnvertrages tätig ist, ob er für Lohn, für ein anderes Entgelt oder unentgeltlich arbeitet. Ferner daß es Pflicht des Betriebsausschusses ist, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer im Betriebe wahrzunehmen und daß diese Pflicht insbesondere auch auf die Lehrlinge erstreckt. Es ist diese Entscheidung umso bemerkenswerter, weil gerade der Begriff Arbeiter von einer ganzen Reihe von Schiedskommissionen zum Schaden der Arbeiter ausgelegt wurde und somit einer Reihe von Arbeitern die Vertretung benahm.

Verstaatlichung der Buchtiehrader Bahn.

Aus dem Eisenbahnministerium wird mitgeteilt: In den Beratungen, welche zwischen den Vertretern der Staatsverwaltung und denen der privilegierten Buchtiehrader Eisenbahngesellschaft geführt wurden, wurde in der letzten Konferenz am 14. März eine grundsätzliche Einigung über die Verstaatlichung der Buchtiehrader Bahn erzielt. Nach dieser Einigung, die unter der Voraussetzung der gesetzmäßigen Erledigung und der Zustimmung der Buchtiehrader Bahn erfolgt ist, wird die Verstaatlichung rückwirkend ab 1. Januar 1923 durchgeführt werden. Als Entschädigung wird der Staat den Aktionären eine Prozentige Verzinsung des Aktienkapitals garantieren. Der Staat übernimmt die bisher nicht zurückgezahlten Prioritätsobligationen der Gesellschaft. Die näheren Bedingungen der Verstaatlichung werden durch einen Vertrag geregelt werden, welcher mit aller Beschleunigung ausgearbeitet wird und zusammen mit der Vorlage des Verstaatlichungsgesetzes in der Frühjahrsession des Parlamentes verhandelt werden wird. Die Gesellschaft verpflichtet sich gleichzeitig in kürzester Zeit die Bilanz für das Jahr 1922 fertigzustellen.

Lebensmittelpreise 1914 und 1922. Die deutsche Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik teilt mit: Die Nummer der statistischen Monatschrift des Völkerbundes enthält interessante vergleichende Daten über die Lebensmittelpreise in den einzelnen Staaten im Laufe der letzten Jahre. Die durchschnittlichen Lebensmittelpreise betragen in:

Table with 4 columns: Country, July 1914, January 1922, December 1922. Rows include Belgium, France (Paris), Italy (Rome), Switzerland, England, Sweden, Norway, Poland, Finland, Netherlands (Amsterdam), Czechoslovakia, Austria (Vienna), Canada, and various other countries.

Die kommunistischen Bremser. Ueber unseren Artikel, in dem wir über den Ausgang der Lohnbewegung der Reichsberger Textilarbeiter berichtet haben, kann der „Vorwärts“ nicht genug Worte der Entrüstung finden. Am meisten regt sich dieses Blatt darüber auf, daß die Union der Textilarbeiter zur Abwehr der Arbeitgeberforderungen die schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmittel vorgeschlagen hatte. Wie rasch haben sich doch die Ansichten des „Vorwärts“ geändert! Im vorigen Jahr hat das kommunistische Blatt die Wirtschaftskrise durch den Generalstreik mit einem Dies befeitigen wollen. Bei jedem Lohnkampf, trotz Sinken der Preise und Wirtschaftskrise, sollte jeder Lohnabbau durch einen energischen Streik abgelehnt werden, obwohl damals die Krise noch in Zunehmen begriffen war. Damals donnerte der „Vorwärts“ täglich: Der Streik von den Amsterdamer abgelehnt... sabotiert... abgewürgt... in den Rücken fallen... die Bonzen fürchten den Kampf oder sie wollen nicht kämpfen... kleinbürgliche Verräter und so weiter. Heute, in der Zeit der Stoßzeit der Lebensmittelpreise, bei einsetzender besserer Beschäftigung im Vertragsgebiet, wo nicht die oberste Beurlaubung für den Lohnabbau vorhanden ist, bezeichnet der „Vorwärts“ einen Streik als unheilvoll für die Arbeiterchaft. Als wir das lasen, mußten

wir uns einigemale davon überzeugen, ob wir wirklich den "Bordwärts" oder ein "Amsterdamer Berräterblatt" vor uns liegen haben. Die Union der Textilarbeiter wird auch künftighin, wenn sie die Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel für notwendig hält, sich von den Kommunisten nicht abhalten lassen, einen von den Unternehmern beabsichtigten Lohnabbau eventuell mit einem Streik abzuwehren. Die Arbeiterschaft kann an diesem Fall erkennen, wo die Bremser zu suchen sind und wer zu kämpfen willens und fähig ist.

Die Krise in der englischen Gildenbewegung. In England hat man in der Gildenbewegung verschiedene Magerfolge zu verzeichnen. Finanzielle Schwierigkeiten führten zur Auflösung der nationalen Baugilde und Möbelgilde. Bei der Baugilde ist der Konflikt eingetreten, trotzdem die Aktien der Passiven um 30.000 Pfund übersteigen. Einerseits war die Gilde nicht in der Lage, sofort diese Summe flüssig zu machen, andererseits konnten bedeutende Bestellungen nicht ausgeführt werden. Zu Beginn ihrer Wirksamkeit arbeiteten die Gilden unter günstigen Umständen. Die Arbeiten, die sie im Zusammenhang mit der Ausführung staatlicher Baupläne unternahmten, überstiegen ihre Finanzkraft nicht. Die Cooperative Wholesale Bank (Genossenschaftsbank) schloß Geld vor, und die Gilde erhielt Kredit aufgrund der Zahlungen, die einem gewissen Kontrakt zufolge geleistet wurden, der sie vor Verlusten schützte. Doch der Staat schränkte die Zahl derartiger Kontrakte zunächst stark ein, und bald darauf gab er auch seine Baupläne für Wohnungen völlig auf. Diese Entwicklung gefährdete die Stellung der Gilde in hohem Maße. Sie konnte ihre Pforten nicht weiterführen. Die Cooperative Wholesale Bank kündigte ihre Anleihen. Die Gilde sah sich gezwungen, bei einem kapitalistischen Bankunternehmer Mittel zu beschaffen. Da die Gilde über keine Reserven verfügte, dauerte es nicht lange, bis sie auf Gnade und Ungnade den Gläubigern ausgeliefert waren. Der Zusammenbruch der Möbelgilde ist ein Bericht ihres Präsidenten und Sekretärs zufolge ebenfalls dem Mangel an Kapital zuzuschreiben. Es gingen Aufträge ein, doch die Gilde war nicht in der Lage, sie durchzuführen. Sie machte, wie es im Bericht heißt, wegen ihrer sichtlich erfolgreichen Wirksamkeit bankrott. Die Nationale Baugilde hatte ihr Geld vorgeschossen. Ihr Vergehen hatte deshalb auch das Ende der Möbelgilde zur Folge. Es wäre wohl verfrüht, über die Lebensfähigkeit von Gilden ein Urteil abzugeben. Schwierigkeiten sind in einer jungen Bewegung wie derjenigen der Gildenbewegung, die noch im Stadium der Versuche steht, unvermeidlich. Aber sie können sich als wertvoll erweisen, wenn die Mitglieder der Gilden daraus lernen. Der Zusammenbruch der Nationalen Baugilde bedeutet nicht den vollständigen Untergang aller Baugilden Englands. Die Londoner sowie die schottische Baugilde sind in der Lage, ihre Arbeit fortzusetzen.

Vor einem neuen Streik in der polnischen Textilindustrie. Aus Pilschhof wird gemeldet, daß in der Textilindustrie ein neuer Konflikt ausgebrochen ist. Die Arbeiter fordern neuerdings Lohn erhöhungen um 65 bis 85 Prozent. Der Konflikt rührt sich zu, weil die Fabrikanten erklären haben, daß infolge der Stagnation keine Rede von irgendwelchen Lohn erhöhungen sein könne. Höchstwahrscheinlich wird es zu einem neuerlichen Streik kommen.

Lohnbewegung der Warschauer Metallarbeiter. In der Warschauer Metallindustrie ist ein Lohnkonflikt ausgebrochen. Die Metallindustriellen haben nämlich beschlossen, den Arbeitern für März nur 47 Prozent der Lohn erhöhungen zuzuerkennen, während die Arbeiter auf Grund der Indexziffer 62 Prozent verlangen. Die Arbeiter haben bei der letzten Auszahlung die Annahme der Löhne abgelehnt und treiben vorläufig passive Resistenz, ohne offiziell in einen Streik getreten zu sein.

24tägiger Generalstreik in Barcelona. Sabas meldet aus Barcelona den 14. März: Die Arbeiterverbände haben zum Protest gegen die Ermordung der Syndikalisten Segui und Komas einen 24tägigen Generalstreik angeordnet. Der Streik wird bis zur Beerdigung Komas verlängert. Blättermeldungen zufolge wurden bei den Zusammenstößen zwischen den unabhängigen Syndikalisten, den roten Syndikalisten und der Polizei mehrere Personen verletzt.

Züricher Schlusskurse. Table with columns for Gold, Ware, and various locations like Paris, London, Berlin, etc.

Prager Kurse. Table with columns for Gold, Ware, and various locations like 100 holl. Gulden, 10000 Mark, etc.

Devilenturle. Die tschechische Krone notiert in: Schw. Frank 15.95-00, Wien 620-00, österr. Kr. 2130-00

Vorträge. 1848 und wir. Dienstag, den 13. März hielt zum Gedenken der Revolution des Jahres 1848 Genosse Dr. Rudo Hartmann (Wien) einen Vortrag, den der Verein deutscher Arbeiter gemeinschaftlich mit der Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker veranstaltete. Hartmann ging von einem Ausspruch des russischen Revolutionärs Krapotkin aus, daß eine Revolution sowohl die Folge einer Evolution als auch der Ausgangspunkt einer neuen Evolution sei. Dies ist auch der Fall bei der Revolution des Jahres 1848. 1848 war eine bürgerliche Revolution, aber die Bourgeoisie von damals war eine andere als die von heute. Das Proletariat war damals nicht in den Massen vorhanden wie jetzt und es fehlte ihm die Organisation. Das Kleinbürgertum schwankte zwischen Revolution und Reaktion hin und her, bis es sich für die Reaktion entschied. Die Studenten waren revolutionär, empfingen jedoch ihre Stoßkraft vom Proletariat. Die Bauern waren revolutionär, als sie gütuntertänig waren, nachdem die Befreiung durchgeführt war, wurden sie reaktionär. Was die Revolution wollte, das ist erst in einer jahrzehntelangen Entwicklung durchgeführt worden. Der vorläufige Schlüsselpunkt liegt in der Schaffung der demokratischen Republik. Nach diesem Abschluß sind den revolutionären Schichten der Bevölkerung neue Aufgaben gestellt worden. Einiges, was uns 1848 als beschafft hinterlassen hat, wird und muß gelöst werden, wie die nationale Frage, die Vereinigung aller Deutschen in einem Staat. Zum Schlusse bespricht Genosse Hartmann die Rolle der Studenten einst und jetzt. Tropdem die reaktionären Strömungen in der Studentenschaft heute überwiegen, glaubt Hartmann, daß sich die fortschrittlichen Strömungen bei den Studenten dennoch durchsetzen werden, denn der Student wird zur Wahrheitserforschung erzogen und erkennt daraus die Entwicklungstendenzen der Geschichte. Und diese Erkenntnis wird den Studenten auf den Weg führen, den das Proletariat wandelt. So wird der Bund der Wissenschaft und der Arbeit, den Passalle in einer seiner flammendsten Reden verlangt hat, verwirklicht werden. E. St.

Kunst und Wissen. Vortragsabend. (Fünf Akte von Franz Werfel.) (Erfassung in tschechischer Sprache im Svandatheater).

Aus Strindbergs "Inferno" erklang der Aufschrei gegen das mechanistische Prinzip, welches die Welt der Gegenwart mit naturwissenschaftlicher Genauigkeit überfiel, vergewaltigte, aber nicht bezwang. Nicht bezwingen läßt sich das Mächtigste, das Unwissen alles Selbsten, das Mysterium. Wer diesem Gewaltigen Gewalt antun will, an dem nimmt es furchtbare Rache, er wird — wie es Strindberg an sich selbst zu beobachten glaubte — ins Inferno, in die letzte der Hölle gestoßen, um gezwungen zu werden, niederzufallen und anzubeten. Dieses große Geheimnis der Natur, der an sich reinen, jenseits von Gut und Böse stehenden, springt den mit schauderhafter Tierfrage an, dom die Natur fremd geworden ist, und wird zum Götzen dessen, der sie flieht und doch anbeten muß. Die aber der Natur ganz nah geblieben sind, die wahrhaften Kinder der Menschheit, unberührtes Urvolk, Hirten und andere Werkeltätige, die jauchzen dem Tier um seinen Kinderaugen willen ekstatisch zu, feiern im Tier den Geist mit den Melodien der Panoflöten und geben sich ihm wolkfüllig hin.

Franz Werfels "Vodsgesang" scheint auf diesen Voraussetzungen aufgebaut zu sein. Dem reichen Gopodar Stovan Milis wurde außer seinem gesunden Sohn Mirto ein Mißgeschöpf, halb Mensch, halb Bock geboren, das er in einer Art geistlicher Großbauernscham in einem Stall vor aller Welt verborgen hält. Vergebens hat ihm der Voltairianer, der aufklärerische Doktor des endenden 18. Jahrhunderts — um diese Weltgeschwende spielt das Stück — geraten, die Mißgeburt in einer Anstalt der Stadt unterzubringen. Er scheut sich, seinen Namen als Vater dabei preiszugeben. Der Doktor, der Milis aufgesucht hat, als dessen Sohn Mirto mit der reichen Stanja Beilid verbunden wird, hat das Phänomen nach langer Wovohnheit — es war ungeredessen 23 Jahre alt geworden — wieder gesehen und war so erschüttert vom Anblick gewesen, daß er die sonst wohl versperrte Stalltür offen ließ.

Der Bodmensich entspringt und taucht plötzlich im Kreise der Enterbten auf. Das sind Menschen, die auch hier einstmals Grund und Boden hatten, aber vor der Uebermacht der reichen Gopodars weichen mußten — ein Zirkuswais, ein Amerikaner, ein Jude sind die drei Symbole dieser Heimatlosen, deren Elend ohne Grenzen wird, als der Gopodars Milis ihnen im Namen der Besitzenden ihre letzte Bitte um das Recht auf Grund und Boden verweigert. Ihre einzige Rettung ist die Eistafe des Glaubens, des Glaubens an das Wunder der Natur, an die Ueberirdischen, die den Vodsgesang singen und mandymal ein Weib unter den Menschen umarmen. Mitten unter den Enterbten lebt der Student Jwan, ein Vaterloser, von dem die Bräutigam glauben, daß er ihr Führer wird. Er legt unaussprechlichen Hoff gegen die bestehende Klasse, aber allzuwielles Wissen hemmt ihn bei entzündender Tat. Da erscheint plötzlich der Bodmensich unter allen diesen Wartenden und dem Jwan offenbart sich in diesem Goshöpf der "Entsprungene, Beerdängte", der sich in seinen Schutz begab. Er nützt die Wahndee des Volkes aus, schafft ihr in dem von ihm

erkannten Tierabbild des alten Milis das erkohnte Goshöpf und sacht furchtbare Revolution im Land an. Aber sein Haß gegen die Großbauern ist vor allem persönlich. Denn er liebt eine ihrer Töchter, Stanja, die er nun als Verlobte des Mirto sieht und jetzt vollzieht sich die Wandlung. Der alte Milis bekennt sich offen zu seinem Tiersohn, sein Weib, die Kamme tun es, als sie die Herausgabe des Goshöpfes von Jwan fordern. Dieser aber erklärt, es nun kann herauszugeben, wenn Stanja zu dem Berrperrten geht und ihn dem Milis zuführt. Sie tut es. Da bricht er zusammen. Doch alle werden erlöst, auch Jwan. Als er von den Soldaten als Empörer gefesselt, zum Tode geführt wird, da neigt sich ihm Stanja in Liebe zu, welche das Irdische von beiden abstößt. Sie, welche vom Tiere befruchtet ward, hat den Gott in sich aufgenommen, nicht mehr die Tochter der Reichen, sondern einfach, nurmehr Natur, die Jwan vom letzten Wissen befreit, sich und ihn überwindend. Und der Gopodar Milis, Bettler geworden, beginnt gemeinsam mit den Enterbten, in neuer Jugend mit seinem Weibe verbunden, ein neues Leben. Auch ihm starb das Tier um — die reine Natur, die zum Volk hinströmt, wurde befreit.

Das Gewaltige dieses Werkes liegt nicht allein in dem Einpartigen des Stoffes, sondern vor allem in der Einheit von Zeitlichkeit und Zeitlosigkeit, die alles zum Symbolischen steigert. Schon seinerzeit wurde betont, daß der "Vodsgesang" ein musikalisches Erlebnis zu sein scheint, in dem Sinne, daß nämlich der Dichter vom Wort loskommen und das Erleben des Mysteriums unmittelbar, wie es die Musik tut, gestalten will. Das ist ein starkes und großes Streben. Aber die Bezwungung solchen Wollens kann dazu führen, daß eine Fülle von Gesichtern zu diesem Zwecke heraufbeschworen wird, welche, anstatt das Mysterium zu offenbaren, beinahe Verwirrung anrichten — und tatsächlich war diese Wirkung bisweilen zu beobachten.

Die Aufführung im Svandatheater bemühte sich, szenisch und darstellerisch dem nicht leicht aufzuführenden Werke gerecht zu werden. Es ist ihr im Bühnenbild fast ganz, in der Aufführung nicht immer gelungen. Aus dem Chor der vielen Spieler ragten vor allem Herr Plachy als Stefan Milis und Frau Marek-Relosa als Stanja sehr hervor. Herr Radlec als Jwan enttäuschte. Die Regie Vors war ausgezeichnet. Dr. Oskar Rohm.

Neues Theater: Heute Donnerstag statt "Apschen" "Der Günstling der Jarin"; morgen Freitag unter musikalischer Leitung von Dr. Jaloweh Rich. Straußens Musikkomödie "Der Rosenkavalier"; Samstag "Der Widerspenstigen Zähmung", 10 Uhr Messe-Nachtdorstellung "Die kleine Sänberin"; Sonntag abend "Apschen".

Kleine Bühne. Heute Donnerstag Verbandsvorstellung "Es"; morgen Freitag "Die kleine Sänberin".

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad. unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angelegten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert. Gegen die modernen Götzen. schreibt Heinrich Mann in seinem Roman Der Untertan. Professor Unrat, Die Armen. Jeder Band gebunden 32 Kronen. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit Teplich-Schönan, Theresienstraße 18.

Aus der Partei. Sozialdemokratische Jugendorganisation Prag. Freitag, den 16. März findet im Vereinsheim deutscher Arbeiter, Prag 2, Smetichlagasse 27, 8 Uhr abends, eine Zusammenkunft mit Vortrag "Die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus" statt, zu der die Genossen und Genossinnen bestimmt erscheinen wollen. — Di eAusschuhmittglieder werden ersucht, eine halbe Stunde früher zu erscheinen, da vorher noch eine Ausschuhführung abgehalten wird. Kreiskonferenz Teplich. Sonntag, den 25. März, findet um 9 Uhr vormittags im Garten-Saal des Hotels "Rathaus" in Teplich die zweite ordentliche Kreiskonferenz mit folgender Tagesordnung statt: Berichte, Prinzip und Taktik unserer Organisation (Referent Genosse Paul); Neuwahlen und Allgemeines. Vorträge: "Duzer durch Alt-Prag". Volkstümlicher Lichtbilder-Vortrag des Genossen Dr. A. Klein, Freitag, 16. März, 8 Uhr abends, Urania-Saal. Gemeinsame Veranstaltung der "Urania", mit den "Naturfreunden", anlässlich der Messwoche. 1489. Dr. Max Adler, der bekannte Wiener sozialistische Theoretiker, spricht Samstag, den 17. März, um 8 Uhr abends als Gast der Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker im Karolinum über das vielumstrittene Problem der Demokratie.

berlin"; Samstag "Ingeborg"; Sonntag nachmittag der unterhaltfame Schulfchwant "Extemporale"; Sonntag abend "Papa". Schüler-Klassiker-Vorstellung. Sonntag, den 25. März, halb 3 Uhr nachmittag wird in der Kleinen Bühne Schillers bürgerliche Trauerspiel "Kabale und Liebe" gegeben. (Nur Sitzplätze — besonders ermäßigte Preise: 5—12 Kronen.)

Mitteilungen aus dem Publikum. Kochei Backel Bratei mit Kunerol dem feinsten Pflanzenfett aus Kokosnüssen. Vertreter: Siegfried Beck, Prag-Karolinental Hetzinselgasse 7. 1438

Die verbilligte ich meine Schuhe? Diese Frage ist sehr rasch beantwortet. — Jeder, der dies tun will, kauft sich die berühmten "Person-Gummi-Abfüge" und "Person-Gummi-Sohlen". — Diese sind bedeutend billiger und dauerhafter als Leder und wer diese Preise mit denen der Befolgungspreise vergleicht, muß zu dem Schluß kommen, daß er durch Benutzung von "Person-Gummi-Abfügen und "Person-Gummi-Sohlen" sich seine Schuhe um ein Bedeutendes verbilligt. 1447a

Für das Frühjahr kleiden Sie sich am besten und elegantesten bei der altrenommierten Firma Stransky, die trotz aller Konkurrenz wie immer nicht nur die billigsten, sondern auch die modernsten und bestausgeführten Anzüge, Ueberzieher und Jagdanzüge liefert. Da die Firma ein außerordentlich reichhaltiges Lager unterhält, ist größte Auswahl möglich. Jeder kann hier das Passendste finden, und braucht seinem Geschmack durchaus nicht, wie in anderen Konfektionsgeschäften Zwang antun. Auch mit prima Zephirhemden können Sie sich hier versehen. Ein erstklassiges Herren-Zephirhemd kostet, wie Sie auch aus dem heute erscheinenden Inserat erfahren, nur 40 Kronen. Zum gleichen Spottpreis werden hier auch weiche Hüte für Herren verkauft. Drum veräume niemand, ehe er seinen Bedarf deckt, die Auslagen der Firma Stransky, Prag, Sibernergasse (Hybernska) zu besichtigen. 1485

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik

Der lesende Arbeiter das ist der denkende und kämpfende Arbeiter! In der Not der Arbeitslosigkeit, im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen, im Kampfe um geistige Freiheit und Kultur ist der "Sozialdemokrat" das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende geistige Band, welches das deutsche Proletariat im Angriff und Abwehr zusammenschweißt. Werdet Leser und werbet neue Leser des "Sozialdemokrat". Abonnements-Bestellschein. Abonniere ab 192 48 Kč — monatlich 16 Kč — vierteljährlich 96 Kč — halbjährlich 192 Kč — ganzjährlich 384 Kč (nicht Zutreffendes durchstreichen) den "Sozialdemokrat" — Verwaltung Prag II., Havlickovo nám. 32. Vor- und Zuname: Beruf: Ort, Bezirk: Strasse und Nr.

Herren- und Knaben-Kleiderhaus. Besichtigen Sie unsere Auslagen und überzeugen Sie sich, daß Qualität-Schnitt-Billige Preise zu bieten, unser Grundsatz ist. Aktiengesellschaft "MORAVIA" Václavské nám. 15. Neben der "Národní Politika" Der größte Konzern in der Konfektionsbranche am Kontinent. 1487